

Die Graphische Presse

Organ für die Interessen der Lithographen, Chemigraphen, Stein-, Licht-, Kupfer-, Noten-, Wachstuch- und Taetendrucker und verwandte Berufe
 Organ des Vereins der Lithographen, Steindrucker und Berufsgenossen. Publikations-Organ des Deutschen Senefelder-Bundes und der ausserdeutschen Berufs-Vereine.

Abonnement.

Die Graphische Presse erscheint wöchentlich Freitags. Abonnementspreis: 1 Mk. inkl. Zustellung pro Quartal. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen und Postanstalten. (Post-Zig.-Katalog No. 3573.) Für die Länder des Weltpostvereins Mk. 1,25.

Redaktion:

M. Oblet, Leipzig Lösslng, Lobstädtstr. 1.
 Verlag: Otto Sittler, Berlin N. 54.
 Druck und Expedition: Conrad Müller, Göttingen.
 Redaktionsschluss: Dienstag.

Insertion.

Für die dreispaltige Pettzelle oder deren Raum 30 Pl., bei Wiederdruk Rabatt. Für Abonnenten unter Beibringung des Abonnementquittung, sowie Veranlassungen 15 Pl. Belangen nach Vereinbarung.

Kapitalistische Klassenmoral.

Eine sozialtheologische Studie.
 Von Brutus.

Wenn irgendetwas einem Menschen, der mit unbefangenen Sinnen und ohne Vorurteil ins Leben blickt, auffallen muss, so ist es das doppelte Mass, das überall in bezug auf Recht und Moral heutzutage angewandt wird. Der Grundsatz, den der preussische Justizminister Dr. Schönstedt als Richtschnur der Rechtspflege hingestellt hat und der lautet: »Wenn zwei dasselbe thun, so ist es nicht dasselbe!« klingt so ungeheuerlich und entspricht so wenig den elementarsten Forderungen der Gerechtigkeit, dass man sich billig über die Erhebung dieser Aeussuerung eines alten römischen Rechtsverdrehers zur Würde eines modernen »Rechtsgrundsatzes« wundern muss. Es hiesse Wasser ins Meer giessen, wenn man noch nachweisen wollte, dass unsere heutige Rechtsprechung und Rechtsfindung, die man nicht mit Unrecht eine Klassenjustiz genannt hat, thatsächlich den erwähnten Rechtsgrundsatz als Richtschnur nimmt und danach handelt. Dies pfeifen die Spatzen von den Dächern, und jeder Leser einer Arbeiterzeitung kann zahlreiche Fälle einer solcher Klassenjustiz nennen. Aber nicht nur von einer Klassenjustiz kann man heute reden, sondern ebenso auch von einer Klassenmoral. Dies wollen wir an einigen in die Augen springenden Beispielen nachweisen.

Die Moral einer Klasse ist nicht etwas Uebernatürliches, Unabänderliches, etwas von den wirtschaftlichen Verhältnissen Unabhängiges, sondern sie ist im Gegenteil ein deutlicher Ausdruck für das, was eine Klasse für gut oder böse hält; mit anderen Worten: in der Moral einer Klasse spiegelt sich das Klasseninteresse wieder. Alles, was im Interesse einer Klasse liegt oder zu liegen scheint, wird für moralisch erklärt, alles, was dem Klasseninteresse widerspricht, ist unmoralisch. Hieraus geht deutlich hervor, dass die Moral der besitzenden Klasse sich von der der besitzlosen Klasse diametral unterscheidet. Was die eine Klasse für gut erklärt, das nennt die andere böse, und umgekehrt.

Der Gegensatz zwischen den Interessen der Kapitalisten und denen der Proletarier tritt zunächst deutlich zu Tage in der Beurteilung der auf die Hebung ihrer Lebenslage gerichteten Bestrebungen der Arbeiterklasse. Während die Arbeiter sich für berechtigt halten, an den Segnungen der Kultur und den reichen Gaben der Natur in steigendem Masse teilzunehmen, wird dieser Anspruch von der anderen Seite als unberechtigt zurückgewiesen. Daher predigt der Kapitalismus den Arbeitern das Evangelium der Entsagung, der Zufriedenheit, der Unterordnung, und nennt das Streben der Arbeiter nach mehr Lohn und weniger Arbeit eine Unverschämtheit. Ein Kapitalist seinerseits ist nie-

mals zufrieden, er ist die personifizierte Unersättlichkeit; er hat einen wahren Heissunger nach Profit und ruht und rastet nimmer. Nicht zufrieden damit, ein gutes »standesgemässes« Leben zu führen, will er ausserdem noch Kapital aufhäufen und Reichtümer sammeln. Deshalb strebt ein Fabrikant nach lohnenden Aufträgen, ein Aktionär nach höheren Dividenden, ein Grundbesitzer nach höheren Getreide- und Viehpreisen, ein Handwerkermeister nach einträglicher Arbeit. Dieses Streben wird als berechtigt anerkannt und mit Bewunderung blickt die kapitalistische Gesellschaft auf einen solch »strebsamen Menschen«, der es fertig gebracht hat, sein Schäfchen ins Trockene zu schaffen. Ein solch strebsamer Mensch kann Kommerzienrat und in den Adelstand erhoben werden, er erfreut sich der Achtung seiner Mitbürger und wird in Vertrauensstellungen berufen — und kein Huhn und kein Hahn kräht darnach, welche Wege er eingeschlagen hat, um Millionär zu werden. Vielleicht hat er das Zuchthaus mit dem Aermel gestreift, vielleicht kleben Thränen und Blutstropfen an seinem Gelde, vielleicht hat er sein Vermögen aufgebaut auf der gescheiterten Existenz seiner Mitbewerber und dem Elend seiner Arbeiter — thut nichts, der strebsame Mensch ist und bleibt ein Ehrenmann von der Fusssohle bis zum Scheitel. Wenn aber ein Arbeiter strebt, nur im Leben weiter zu kommen, so ist er »ein unverschämter Kerl, der den Hals nicht vollkriegen kann«.

Aber nicht nur das Streben der Kapitalisten ist berechtigt, sondern auch das Streben derjenigen Leute, die sich mit dem Kapitalismus solidarisch erklären, wird als berechtigt anerkannt. Wenn die Aerzte mit den Krankenkassen in Differenzen geraten, um eine Erhöhung ihres Einkommens durchzusetzen, so wird ihnen dies in bürgerlichen Kreisen keineswegs verübelt, im Gegenteil, ihr Streben wird von Regierungsorganen und von der kapitalistischen Klasse in jeder Weise unterstützt. Wenn die Beamten eine Gehaltserhöhung fordern, wenn der König von Preussen eine Erhöhung seiner Zivilliste um mehrere Millionen beantragt, so ist dies natürlich ganz berechtigt, da die Ansprüche ans Leben heutzutage grösser geworden sind. Nur auf das Streben der Arbeiter findet dies keine Anwendung.

Und noch etwas Merkwürdiges. Wenn die Aerzte zur Waffe des Streiks und Boykotts greifen, indem sie ihre Thätigkeit bei den Kassen, ohne Rücksicht auf das Schicksal der armen Kranken, einfach einstellen und ihre arbeitswilligen Kollegen gesellschaftlich ächten und geschäftlich aufs Trockene setzen wollen, so fällt es keiner kapitalistischen Zeitung, keinem Minister, keinem Staatsanwalt ein, darin eine »Auflehnung gegen die Gesellschafts-Ordnung, eine Frivolität oder eine Meuterei, hinter der die Hydra der Revolution lauert«, zu erblicken; dieser Auffassung entsprechend sind auch die

arbeitswilligen Aertze, die den Streik ihrer Kollegen durchbrechen, keine »nützlichen Elemente, die sich durch ehrliche Arbeit ernähren wollen«, es sind keine »sorgenden Familienväter« und auch keine freiheitsliebenden Männer, die sich dem Terrorismus der Organisation nicht unterwerfen, o nein, diese Streikbrecher aus bürgerlichen Kreisen sind trotz ihrer höheren Bildung »schlechte Kollegen, die keinen Funken Ehrgefühl im Leibe haben«, es sind »Lumpen, mit denen ein anständiger Mensch nicht verkehren kann«. Während des Hamburger Bierboykotts lieferten auswärtige Brauereibesitzer, und darunter waren leibhaftige Kommerzienräte und unantastbare Staatstützen, um des schönen Geldes willen unentwegt und unverdrossen Bier nach Hamburg, wodurch sie ihren unter dem Boykott leidenden Hamburger Kollegen in den Rücken fielen. Sie thaten also ganz dasselbe, was die »gewöhnlichen Streikbrecher« auch thun. Während aber die Arbeiter-Streikbrecher als Idealmenschen behandelt werden, schüttet die kapitalistische Presse die Schale ihres Zornes über die Unternehmer-Streikbrecher aus. Sie nennt sie »Helfershelfers der Sozialdemokratie« und brandmarkt sie als »Gesindel« und als »gewissenlose Menschen ohne Kollegialität und Standesbewusstsein«. Und was auch sehr charakteristisch ist: Die bürgerlichen Streik- und Boykottbrecher müssen sich die schimpflichste Behandlung gefallen lassen, denn keine Polizei und kein Staatsanwalt regt einen Finger, um sie gegen den Terrorismus der »besseren Kreise« zu schützen. Wehe einer proletarischen Zeitung, die sich erlaubt hätte, auch nur den vierten Teil der Schimpfworte gegen die »gewöhnlichen Streikbrecher« zu gebrauchen! Aber so will es die kapitalistische Moral: Die Streikbrecher aus bürgerlichen Kreisen sind vogelfrei, den Streikbrechern aus proletarischen Kreisen darf kein Haar ihres Hauptes gekrümmt werden.

Die kapitalistische Moral mit dem doppelten Boden spiegelt sich auch deutlich wieder in dem häufig gebrauchten Ausdruck vom »Terrorismus« der Arbeiterorganisationen gegen ihre eigenen Mitglieder, gegen die unorganisierten Kollegen und gegen die Unternehmer resp. Geschäftsleute. Wenn man die bürgerlichen Blätter liest, so muss man sich wundern über die Schreckensherrschaft, die von den organisierten Arbeitern gegen die anderen Berufsstände ausgeübt wird, ohne dass der Staat einschreitet. »Die Lohnarbeiterschaft ist zu üppig geworden«, so lasen wir jüngst in der Kapitalistenpresse, »und in ihrem Uebermuth will sie alle anderen Klassen beherrschen. Zum Teil hat sie dies bereits erreicht, weil Regierung und Bürgertum sie zu lange haben gewähren lassen. Der Handwerkermeister steht heute schon seufzend und stöhnend unter der Fuchtel seiner Arbeiter, denen es bedeutend besser geht als ihm selbst, und auch die anderen Unternehmer, die ge-

legentlich halb so viel verdienen, wie ihre besseren Arbeiter, sehen allgemach ein, dass sie den Lohnarbeitern gegenüber in jeder Weise benachteiligt sind. Der Lohnarbeiter ist eben der feine Mann, der Unternehmer mag zusehen, wie er sich durchschlägt. Wenn diese Schilderung wahr ist, so erklärt sich der Arbeiter-Terrorismus ganz von selbst.

Aber wie steht es in Wirklichkeit damit? Blicken wir ins moderne Wirtschaftsleben, wie es sich vor unseren Augen abspielt: Wenn die Mittelstandsreiter rufen: »Kauft bei keinem Juden! Kauft in keinem Konsumverein oder Warenhaus!« so ist das »ein berechtigtes Kampfmittel!«; wenn die Militärbehörde den Soldaten verbietet, eine bestimmte Wirtschaft zu besuchen, so thut sie dies »im wohlverstandenen Interesse der militärischen Disziplin!«; wenn ein Kriegerverein einen Wirt boykottiert und zu Grunde richtet, weil er sein Lokal zu Arbeiterversammlungen hergiebt, so geschieht dies aus »Patriotismus und Kaisertreue!«; wenn Stumm oder ein anderer Kapitalprotz seinen Arbeitern vorschreibt, welche Zeitungen sie lesen, welche Wirtschaft sie besuchen und wann sie heiraten dürfen, so ist dies kein Terrorismus, sondern ein patriarchalisches Verhältnis. Wenn aber eine Arbeiterkommission die Frauen auffordert, nur bei Unternehmern oder Händlern zu kaufen, die wenigstens halbwegs anständige Lohn- und Arbeitsbedingungen gewähren und das Koalitionsrecht respektieren, so wird dies als »grober Unfug«, »Erpressung« und noch viel Schlimmeres bezeichnet. Dann ruft man nach dem Staatsanwalt und dem Polizeikommissar. Und noch ein tiefgreifender Unterschied: Wenn ein organisierter Arbeiter seine unorganisierten Kollegen auffordert, der Organisation beizutreten, um gemeinschaftlich mit den Arbeitsbrüdern für bessere Lebenshaltung kämpfen zu können, so ist dies sein gutes Recht; wenn er sie darauf hinweist, dass es unfein und unmoralisch ist, immer andere Leute Opfer bringen zu lassen, während man selbst die Früchte der Organisationsarbeit mit genießt, so beweist er hierdurch ein hohes sozialpolitisches Empfinden; wenn er dann endlich, nachdem alle Mittel der Ueberredung erschöpft sind, jede Gemeinschaft mit solch unsozialen Menschen aufgibt, so kann man ihm dies keineswegs verargen. Die kapitalistische Presse schimpft dann über Terrorismus und Beeinträchtigung der persönlichen Freiheit. Wenn aber ein Kapitalist seine Arbeiter mit der Hungerpeitsche aus der Organisation herausschreit und hierdurch das gesetzlich gewährleistete Koalitionsrecht mit Füßen tritt, so ist das natürlich kein Terrorismus, sondern »berechtigter Notwehr«. Ebenso wenig ist es Terrorismus, wenn ein Unternehmerkartell einen abseits stehenden Kollegen mit allen Mitteln geschäftlicher Chikane zum Beitritt nötigt. Aber das ist nun einmal die landesübliche Auffassung: alles, was die Arbeiter in ihrem eigenen Interesse und zur Hebung ihrer Klassenlage thun, ist Terrorismus und Frivolität, alles, was die Unternehmer zu ihrem Vorteil unternehmen, ist hochmoralisch und durchaus berechtigt. Dass eine solche Auffassung eine kapitalistische Klassenmoral niedrigster Sorte ist und vor dem Richterstuhl einer echten Sozialmoral nicht bestehen kann, kann nur von Leuten bestritten werden, denen der Kapitalismus Herz und Gemüt vergiftet und Hirn und Augen verkleistert hat.

Um weiteren Anfragen und Vermutungen über den am 31. Juli d. J. in der »Hilfe« erschienenen Artikel, welcher sich vornehmlich mit der Generalversammlung unseres Verbandes beschäftigt, zu begegnen, bringen wir denselben im Wortlaut:

Gewerkschaftsverderber.

Die freien Gewerkschaften können nicht nur von sich sagen: Feinde ringsum, sondern müssen noch hinzusetzen: Feinde innen und aussen! Von der Gegnerschaft der Arbeitgeber wollen wir heute nicht reden; auch nicht von der der Behörden und des Bürgertums. Sie ist gross, aber lange nicht so schlimm für die Arbeiterschaft, wie die Gegnerschaft der — Arbeiter. Hier liegt das grösste Hindernis

für die Aufwärtsbewegung der Arbeiterschaft. Dabei sind es wiederum zwei Erscheinungen, welche besonders hervortreten: Der Indifferentismus und der Radikalismus. Auch von ersterem wollen wir jetzt nicht sprechen, sondern uns heute einmal allein mit dem Radikalismus befassen, da hierzu eine besondere Veranlassung vorliegt.

In den weitesten Kreisen ist es bekannt, dass unser Freund Tischendörfer seit vielen Jahren eine umfangreiche gewerkschaftliche Thätigkeit entfaltet, und zwar innerhalb der freien Gewerkschaften. Schon vor eineinhalb Jahrzehnten befand er sich an der Spitze einer grossen Lithographenorganisation. Da er sich mit einem eigenen Geschäft versuchte, zog er sich etliche Jahre von der Gewerkschaft zurück. Da kam es im Jahre 1896 in Berlin zu einem grossem Streik, an dem 3000 Lithographen und Steindruckere beteiligt waren. Er ging verloren, und die Organisation wurde arg geschwächt. Der Unmut war sehr gross. Tischendörfer wurde aufgesucht und gebeten, helfend einzugreifen. Er that es, indem er auch seiner Berufsorganisation wieder beitrug.

Nach kurzer Zeit bekam Tischendörfer verschiedene Vertrauensämter. So wurde er bereits 1897 in die Berliner Gewerkschaftskommission gewählt, in der er sich heute noch befindet. Da die Lithographen für gemeinsame Zweigvereine mit den Steindruckern schwer zu gewinnen waren, begründete er mit 60 Kollegen eine besondere Zahlstelle für Lithographen, welche heute 730 Mitglieder zählt. Er veranlasste den ersten deutschen Lithographenkongress, redete in vielen Städten Deutschlands und trug, soweit das ein einzelner Gewerkschaftsführer kann, in ganz erheblichem Masse dazu bei, dass der Verband von 4000 auf 10000 Mitglieder gestiegen ist. Seine Thätigkeit wurde, besonders in Berlin, durchaus anerkannt, wenn es auch niemals an »Unentwegten« gefehlt hat, welche sie erschwerten oder falsch beurteilten.

Auf der Generalversammlung des Vereins im Jahre 1901 hatte T. das Referat über die Tarifgemeinschaft; seine Anträge wurden damals einstimmig angenommen. Für den internationalen Lithographen- und den letzten allgemeinen deutschen Gewerkschaftskongress wurde er als Delegierter gewählt und bei beiden Gelegenheiten stark hervorgetreten. Nachher hat man ihn noch in den Hauptvorstand gewählt, um seine Erfahrung auch bei der laufenden Verwaltung des Verbandes nutzbar zu machen. Hier war er der einzige Nichtsozialdemokrat, hat aber, wie in allen Arbeiterkorporationen, mit seinen Kollegen stets einmütig im Interesse der Organisation und der Berufsgenossen zusammen gearbeitet.

Nun kam die Zeit, wo sich die Unentwegten einbildeten, Tischendörfer beherrsche den Verband und bedrohe die Reinheit ihrer Gewerkschaftsgrundsätze. Unter der Anführung des Ausschussvorsitzenden Ries in Nürnberg begann ein Kampf gegen unseren Freund, der seinesgleichen in der Gewerkschaftsgeschichte sucht. Da ihm von den 2400 Berliner Kollegen etwa 1800 nach wie vor das volle Vertrauen entgegenbrachten, wurden die auswärtigen Zweigvereine mobil gemacht. Auf ganz einseitige Vorträge und Mitteilungen von Ries hin hielt man sich für verpflichtet, den Verband durch gebarnichte Resolutionen zu retten. Die Agitation ging auf den Sturz Tischendörfers hinaus. Ein Schiedsgericht sollte ebenfalls dazu helfen. Es hatte, fast nur aus Gegnern Tischendörfers bestehend, dem Ausschuss beigegeben.

So hatte sich viel Zündstoff für die vor kurzer Zeit in Dresden stattgefundene Generalversammlung des Vereins angesammelt. Der Ausschussbericht war sehr ausfällig gegen Tischendörfer, die Delegierten wurden systematisch aufgehetzt, und die Abschlichtung Tischendörfers nach allen Regeln der Kunst versucht. Die Situation erliefte eine Verschärfung durch die vorherige Amtsniederlegung zweier (sozialdemokratischer) Angestellten des Verbandes, welche sich in der ganzen Konfliktssache auf der Seite Tischendörfers befanden und wegen der Treibereien gegen ihn keine Lust mehr hatten, Arbeiterbeamte zu bleiben. Sie waren daher auch nicht mehr in Dresden und Tischendörfer musste deshalb seine Sache fast ganz allein durchführen.

Die Kämpfe waren nicht gering. Ries ist ein fanatischer Mensch, und die Stimmung der Masse war mit allen Mitteln vorbereitet. Tischendörfer liess sich aber diese ehrenrührige Behandlung nicht bieten, sondern antwortete ebenso sachlich wie energisch und freimütig. Er erfüllte seine Pflicht, forderte aber auch sein Recht, und hat damit die Angriffe abgeschlagen.

Dazu hat freilich auch der blinde Hass geholfen. Als Vertreter der Generalkommission war der bekannte Reichstagsabgeordnete Robert Schmidt erschienen. Seine Rede war eine glänzende Rechtfertigung Tischendörfers. Er hob hervor, dass Tischendörfer in der Berliner Gewerkschaftskommission stets eine einwandfreie Thätigkeit entwickelt habe. Der einzige Fehler an ihm sei, dass er den Schritt zur Partei nicht unternommen habe, für die er eine fast unschätzbare Kraft werden könnte. Was musste nun aber der Abg. Schmidt erleben? Ries setzte ihn dafür nicht nur hämisch herunter, sondern sprach sogar diesem Genossen in führender Stellung gegenüber von — bestellter Arbeit. Diese Verdächtigung machte den peinlichsten Eindruck. Ja, als Ries später wieder sehr ausfällig gegen Tischendörfer wurde, entfernte sich der Abg. Schmidt, um nicht wieder-

zukommen. In der Diskussion wurde weiter nachgewiesen, dass Abg. Legien einmal schrieb: »Tischendörfer habe als Gewerkschaftler jederzeit seine Pflicht erfüllt, dass Abg. Hue ausführte: »Tischendörfer sei einer unserer gebildetsten Gewerkschaftsführer, dass Abg. Fräsdorf berichtete: »Tischendörfer ist ein überzeugter und energischer Gewerkschaftler, der die Gewerkschaftsfrage vollständig beherrscht« und dass auch Abg. von Elm die Thätigkeit Tischendörfers wiederholt anerkannt hat. Darauf antwortete Ries, dass diese Privatmeinungen für ihn gar keine Bedeutung haben. Diese Haltung musste dem Fass den Boden ausschlagen. Dazu kam noch, dass ihm von eigenen Genossen grobe Unwahrheiten nachgewiesen wurden. Schliesslich trat sogar ein führender Parteigenosse auf und erklärte: »Ries habe den Verein beschmutzt und dürfe daher nicht wiedergewählt werden.«

So endete die Bekämpfung Tischendörfers mit einer kläglichen Niederlage des Führers seiner Widersacher. In der Diskussion erklärte Tischendörfer, »dass er für die Arbeiterschaft weder um Dankes willen arbeite, noch durch Undank sich abschrecken lasse. Die Beurteilung seiner Arbeit durch hervorragende Arbeiterführer überhebe ihn der Berücksichtigung seiner Gegner im Verband, welche allem Anschein nach nicht wissen, was sie thun.«

Der Versuch, den sogenannten »Schiedsspruch« durch eine Kommission von Gegnern Tischendörfers bestätigen zu lassen, scheiterte ebenfalls. Obwohl bei der sozialdemokratischen Partei die Einrichtung besteht, Schiedsgerichte paritätisch zu besetzen, so wollte man von dieser Gerechtigkeit gegenüber Tischendörfer zunächst nichts wissen. Die Kommission beantragte vielmehr ohne weiteres die Bestätigung des Schiedsspruches. Darauf folgte ein Sturm der Entrüstung mit fast einstimmiger Ablehnung dieses Antrages.

Bei den Verhandlungen wurde mehrfach offen zugegeben, dass die ganzen Konflikte einzig und allein in der parteipolitischen Abweichung Tischendörfers von der »Masse« liegen. Das ist allerdings richtig. Es wurde damit aufs neue zugegeben, dass die freien Gewerkschaften sozialdemokratisch sind und bleiben wollen. Die Verdächtigungen haben nicht immer diesen Ausgangspunkt, da bekanntlich, wie der Dresdener Parteitag beweist, selbst hochstehende Genossen davor nicht gesichert sind. — Sollen andersdenkende deshalb wegbleiben? Nein! Die Intelligenzen der Gewerkschaften haben, wie die zitierten Aussprüche über Tischendörfer beweisen, von dem Zusammenwirken der Berufsgenossen eine moderne Auffassung. Die »Masse« wird und muss nachfolgen. Wenn die Ausbildung zur Toleranz langsam geht, ist dies zwar begreiflich, darf aber deshalb im Interesse der Arbeiterschaft nicht eingestellt werden. Die Gewerkschaftsverderber aber müssen stets genau bezeichnet werden, damit jedermann erfährt, wer die Arbeiterschaft schädigt und aufhört.

Abgesehen von der in diesem Bericht enthaltenen Schönfärberei fühlen wir uns veranlasst, einige grobe Unrichtigkeiten festzunageln. Zunächst sei zugegeben, dass neben anderen Kollegen auch T. rühlig gearbeitet hat für das Wachsen der Filiale III Berlin; aber ihn als Retter in der Not, ja als Heiland zu preisen, der es erst dann für nötig hält, mitzuarbeiten, als der 1896er Streik schon für verloren galt, ist doch mehr wie abgeschmackt. Hätte T. auf der Halleschen Generalversammlung bezgl. Tarifgemeinschaft nicht referiert, so musste es eben ein anderer thun. Auf allen vorhergegangenen und auch auf der letzten Generalversammlung sind Referate von anderen Kollegen gehalten worden und sind die betreffenden Anträge und Resolutionen ebenfalls einstimmig angenommen worden. Wenn eine derartige Lohndelerei zur Regel werden sollte, so könnten wir schliesslich dahin kommen, jedem Referenten noch ein Marmordenkmal setzen zu müssen. Welches politische Glaubensbekenntnis die Mitglieder unseres Hauptvorstandes ablegen, wissen unsere Mitglieder nicht und haben auch nie danach gefragt, aber es ist bezeichnend für den Artikelschreiber, dass er es für nötig hält, dies für T. hervorzuheben. Wenn T. auf der Dresdener Generalversammlung hervorhob, dass er das Vertrauen von 1800 Berliner Mitgliedern besitze, muss demgegenüber hervorgehoben werden, dass er nur mit einigen 40 Stimmen nach Dresden delegiert wurde. Die Amtsniederlegung Borisch und Dübelt für T. zu benutzen ist um deswillen sehr kühn und gleichzeitig erlogen, weil bezüglich Borisch in einem Flugblatt zu lesen war, dass er aus privaten Gründen niederlegte und Dübelt niederlegte, weil der Posten weder von der Generalversammlung noch vom Vorstand und Ausschuss sanktioniert war. Dass Ries ein fanatischer Mensch sein soll, ist nur von einer Stelle aus behauptet worden wie auch von derselben Stelle nur behauptet wird, dass die Rede Robert Schmidt's eine glänzende Rechtfertigung T.'s war. Die Behauptung, dass R. Schmidt entrüstet über die Ausführungen des Ausschussvorsitzenden die Generalversammlung plötzlich verliess, kann doch nur eine vage Vermutung sein, denn Schmidt hatte sich schon vor Beginn der Sitzung reisefertig gemacht. Eine klägliche Niederlage war allerdings auf der Generalversammlung zu verzeichnen, nur nicht, wie im obigen Artikel zu lesen, gegen die Widersacher T.'s. Dass ein Sturm der Entrüstung gegen Ries losbrach, ist ein »Ding aus dem Mond«. Mit dem letzten Satz des Artikels sind wir durchaus einverstanden, knüpfen

aber daran noch den Wunsch, dass eine gegenseitige Bewehrücherung, wie sie laut obigem Artikel im nationalsozialen Lager geübt wird, nicht bei uns Einzug halten möge.

Wer mag wohl dem Artikelschreiber der »Hilfe« die entstellten Informationen gegeben haben. U. A. w. g. Die Redaktion.

Erklärung.

In verschiedenen Versammlungsberichten finden sich eine Unmenge von Unrichtigkeiten im Bezug auf die Zahlstelle Berlin III, deren Versammlungsbericht und meine Person. Es würde den Raum der »Graph. Presse« zu sehr in Anspruch nehmen, wenn ich sämtliche Ausgleisungen richtig stellen wollte, so dass ich mich vorläufig auf folgende Erklärungen beschränken will:

1. Ich bin weder ein hervorragender Agitator evangelischer Arbeitervereine, noch ein Vertreter christlicher Gewerkschaften.

2. Im Hilfeartikel wird niemand herabgesetzt, sondern nur über bestimmte Vorgänge wahrheitsgemäss berichtet. Eine Beeinflussung des noch gar nicht vorhandenen Schiedsgerichts ist schlechterdings unmöglich.

3. Die Berliner Lithographen haben ihre einwandfreie gewerkschaftliche Haltung wiederholt zum Ausdruck gebracht. Von einem Gängelband kann in Berlin absolut keine Rede sein.

4. Die Dresdener Generalversammlung hat beschlossen, dass die Wahl von Lokalbeamten vom Hauptvorstand zu bestätigen sind. Der Ausschuss kam hierbei nicht in Betracht. Unsere Bekanntmachung war daher korrekt.

5. Im Berliner Versammlungsbericht steht nicht dass der Ausschuss ein Unglück für den Verein ist, sondern der Ausschussvorsitzende, was noch durch Tatsachen erhärtet wurde.

6. Die gewünschte Erkundigung beim Kollegen Hass hat, wie es nicht anders sein konnte, ergeben, dass er die heutigen Ausschussrechte ebenso beurteilt, wie unser Versammlungsbericht.

7. Auf der Dresdener Generalversammlung hat niemand erklärt, dass unsere Versammlungsberichte die persönliche Meinung des Schriftführers wiedergeben. Nur bei einem Bericht wurde die scharfe Fassung ethischer Stellen bedauert.

8. Es muss ausdrücklich festgestellt werden, dass derselbe Referent, dem das Wort »Waschhaus« als eine unverschämte Bezeichnung erscheint, selbst erklärt hat, dass er dasselbe bedingt zugeben wolle. Mehr kann man nicht verlangen.

9. Wer aus den Worten des Versammlungsberichtes: ich habe manches gesagt unterstrichen, herauslesen kann, ich wäre der Souffleur der übrigen Berichtersteller gewesen, dem ist tatsächlich nicht zu helfen.

10. Was die leider zu spät erschienene Notiz im Gewerkverein: Tischendörfer war ungeladen zum Verbandstag in Hannover gekommen, nebst ethischen verlogenen Anspielungen besagen soll, ist mir unerfindlich. Es waren öffentliche Verhandlungen, wo jedermann sein konnte und keiner Einladung bedurfte. Zur Information und Berichterstattung für Blätter waren übrigens, wie ich, auch mehrere Genossen, darunter Umbreit, ungeladen anwesend. Auf der Dresdener Generalversammlung befanden sich ja ausser den Delegierten auch noch andere Personen, z. B. Kollegen des Sonder-Verbandes.

Die Verwendung derartiger Kinderereien aus einem gegnerischen Gewerkschaftsblatte, sowie viele andere Ausführungen in den gedachten Versammlungsberichten lassen es dringend wünschenswert erscheinen, doch mit Behauptungen und Angriffen etwas vorsichtiger umzugehen, damit es nicht noch von unserem Verband heissen muss: »Dort ist wirklich nichts zu dumm, es findet doch sein Publikum.«
Chr. Tischendörfer.

Achtung! Berlin. In Firma Prager & Loida reichten die Kollegen die Forderung auf Verkürzung der Arbeitszeit ein, was die Firma verweigerte, weshalb der Streik ausbrach.

Der Vorstand.

Pleschen. Hier drohen Differenzen auszubrechen. Zuzug fernhalten. Bericht folgt.

Gesperrt die Firmen:

Breslau (Firma Mamelock & Söhne).

W. Hoffmann, Lichtdruckanstalt, Dresden.

Dietz'sche Hofbuchdruckerei, Coburg.

H. Grobben, Solingen (Lith. u. Steindr.)

van Heese Söhne, Lüdenscheid (Lith. u. Strd.).

Thüringer Blechballagen Fabrik, Jena.

Oskarshamus Tryckeri aktie bolag in Oskarshamu (Schweden).

Lalonde Maillot in St. Amand.

Gratz wegen Tarifbewegung.

Aussig (Firma Rennert).

Vor Stellungannahme sind stets Erkundigungen einzuziehen, sonst event. Verlust der Unterstützung; besonders nach:

Aachen, Bielefeld, Breslau (Lith. u. Steindr.),

Cassel, Elberfeld (Lith.), Emmerich, Fürth i. B.,

Göppingen, Hamburg-Altona Herisau (W. Marty & Co.),

Kiel, Koblenz, Köln: Stollwerk & Spier, Krämer & van Elsberg H. Witte, Leipzig, Magde-

burg, Meiningen, Mügeln, München (Lith. u. Strd.),

Liegnitz (Zahlstelle Schweidnitz), Niedersiedlitz,

Nürnberg (Lith. u. Chem.), Offenbach, Offenburg,

Saarlouis, Strassburg i. E., Weimar, Wien,

Budapest und ganz Ungarn, Trier, sowie Düsseldorf (alle im Lichtdruck Beschäftigten.)

Korrespondenzen.

Korrespondenzen ohne Beidruck des Stempels der Zahlstelle oder Filiale finden keine Aufnahme.

Leipzig III. Versammlung vom 4. August. 1. Bericht vom 2. Quartal. 2. Bericht von der Generalversammlung. 3. Gewerkschaftliches. Der Vertrauensmann erstattete den Bericht vom 2. Quartal, welcher von den Revisoren als richtig befunden wurde. Hierauf gaben die Delegierten von der Generalversammlung Kollege Schubert und Kosko Bericht, wobei selbige als besonders die Fälle München, Düsseldorf, Tischendörfer, »Graph. Presse« Verschmelzungsfrage und Beitragserhöhung hervorhoben. Speziell diese Berichte zu schildern, erübrigt sich, da diese im Protokoll jedem Kollegen zu Gesicht kommen. Eine scharfe Diskussion entspann sich über den Fall Tischendörfer. Eine diesbezügliche Resolution wurde im Laufe der Debatte wieder zurückgezogen. Punkt 3, Kollege Ost gab den Bericht des Arbeitsnachweises, wobei er hervor hob, dass einige Prinzipale es nicht unterlassen können, zu annoncieren, ohne den Arbeitsnachweis in Anspruch zu nehmen. Erneut wurde darauf hingewiesen, dass die Kollegen die Annoncen nicht beachten sollen, um dem Nachweis die nötige Aufmerksamkeit zu schenken, dabei betonend, dass diejenigen Kollegen, welche das Annoncieren unterstützen, indem selbige solche Stellen durch Zeitungen annehmen, demgemäss behandelt würden, auf Grund unseres Tarifes. Weiter wurde auf die eventuelle Einstellung von Lehrlingen in Offizinen hingewiesen, wo laut Tarif keine angenommen werden können und auf ein Eingesandt verwiesen, was die Verwaltung in den Tageszeitungen bekannt gibt. Einzelne Missstände in verschiedenen Offizinen kamen zur Sprache, wovon einer an die Lichtdruckersktion verwiesen wurde. Nachdem noch einige Angelegenheiten erledigt waren, wurde zum Schluss noch bekannt gegeben, dass auf dem letzten Zirkular betreffs Bücherkontrolle sich einige Fehler eingeschlichen hatten und zwar war der Kollege Arnold versehentlich angeführt und anstatt des bekannt gegebenen Kollegen Rich Möckel, dessen Buch vorgelesen und in Ordnung war, war es Rich. Möchel. Hierauf Schluss der von etwa 100 Personen besuchten Versammlung. F. U.

Leipzig II (Lithographen). In der am 10. August in »Stadt Hannover« stattgefundenen Versammlung erstattete Kollege Schuhmacher in nahezu 1 1/2 stündiger Rede Bericht über die Generalversammlung. Aus derselben sei, da hierüber schon an anderer Stelle in der »Gr. Pr.« Ausführliches gebracht wurde, nur einiges hervorgehoben. Ein Dresden II, wie befürchtet, sei die Generalversammlung nicht geworden, obwohl allein die persönlichen Konflikte, insbesondere die Tischendörfer-Debatte beim Vorstands- und Ausschussbericht, fast 2 1/2 Tage in Anspruch genommen hätten. Auch beim Punkt »Gewerkschaftskongress« flackerte der Zwiist Tischendörfer-Ries von neuem auf und nahm oft einen sehr persönlich-gehässigen Anstrich an. Wenn auch das Vorgehen T's. und der Berliner Kollegen nicht zu billigen wäre, so sei es im Interesse des Verbandes ratsam, wenn auch der Ausschuss etwas mehr Ruhe und weniger Nervosität an den Tag legte. Die Kritik der

Redaktion war ziemlich belanglos und habe allgemein enttäuscht, sodass Obier leichtes Spiel hatte diese Angriffe zu entkräften. Zum Kapitel »Zwangorganisation« der Chemigraphen sei noch bemerkt, dass gerade diese Klausel die Chemigraphen in der Organisation um 100 Proz. emporschneidet. Auch sei dieser Punkt die Voraussetzung der Annahme des Tarifs für die Unternehmer gewesen. Die Chemigraphen sind mit ihrem Tarif allgemein zufrieden, sodass demgegenüber die 6, jetzt vielleicht noch 2 oder 3 Mann des Sonderverbandes nicht in Betracht kämen. Redner hält eine allzustarke Besetzung der Generalversammlungen für nachteilig, dem sei vorgebeugt durch Herabsetzung der auf ein Mandat entfallenden Wählerziffer und zwar von 150 auf 200. Auch sei es praktischer, wenn sich die einzelnen Delegierten in ihrem Redeflusse mehr Beschränkung auferlegten, zum mindesten das bereits von Vorrednern gebrachte in ihren Ausführungen weglassen. Die Versammlung spendete dem Redner für seinen durchaus sachlichen Bericht lebhaften Beifall. In der Diskussion bringt Kollege Czech Ergänzungen zu obigen Bericht. Er drückt seine Verwunderung darüber aus, dass auf der Frankfurter Prinzipalsversammlung kein Leipziger Prinzipal für den Tarifeingetretene sei, früher hatten sie sich anders hierüber ausgelassen. Hinweisend auf den Heimarbeiterschuttkongress und die Schäden der Heimarbeit empfiehlt er das Anlegen von Sammelmappen zur Gewinnung von Material über Schmutzkonzurrenz und Submissionsblüten. Weiter giebt C. noch bekannt, dass ihm vom Kollegen Tischendörfer persönlich ein Artikel der nationalsozialen »Hilfe« betitelt »Gewerkschaftsverderber« zugesandt wurde, den er für eine Reklamearbeit für T. halte. Kollege Schuhmacher brachte einige Stellen zur Verlesung, aus denen hervorgeht, dass der Verfasser von den Vorgängen und der Entwicklung unseres Verbandes ein ganz schiefes, entstelltes Bild giebt. In der Debatte wurde weiter hervorgehoben, dass infolge der persönlichen Zänkereien durch verlängerte Tagungen und Schiedsgerichte ca. 2000 Mk. Mehrkosten entstanden sind. Anknüpfend an die Tatsache, dass die Delegiertenwahl Tischendörfers nur mit einigen 40 Stimmen erfolgte (nicht 1800, wie in der »Hilfe« zu lesen war) wird bedauert, dass dieses Resultat von einem erschreckenden Tiefstand des inneren Vereinslebens zeugt; bei einem Mitgliederbestand von 700 Mann der Berliner Lithographensektion. Auch der besoldete Filialbeamte schein in dieser Richtung mit wenig Glück gearbeitet zu haben. Leider lasse auch in Leipzig der Versammlungsbesuch sehr viel zu wünschen übrig; auf die Kleinarbeit in den Werkstätten müsse mehr Gewicht gelegt werden. Selbst von den Beikassierern, die doch in erster Linie berufen seien, die Lässigen anzuspornen, sei kaum die Hälfte anwesend. Kollege Czech stellte hierauf den Antrag, diejenigen Beikassierer, die ohne Entschuldigung den Sektionsversammlungen fern bleiben, in der »Gr. Pr.« zu veröffentlichen. Die Annahme dieses Antrages erfolgte einstimmig. Nachdem unter Punkt »Gewerkschaftliches« noch einige örtliche Angelegenheiten zur Sprache kamen, schloss der Vorsitzende um 11 1/2 Uhr die Versammlung.

München (Chemigraphen). Am Samstag, den 6. August fand die Quartalsversammlung der hiesigen Filiale III statt. Die Tagesordnung war: 1. Protokollverlesen; 2. Rechenschaftsbericht des Kassierers; 3. Bericht der Delegierten von der Generalversammlung in Dresden; 4. Verschiedenes. Vorsitzender Lehmann eröffnete 9 Uhr die ziemlich gut besuchte Versammlung, zu welcher die Vorstandsmitglieder der anderen Filialen eingeladen und erschienen waren. Nach Verlesen des Protokolls der letzten Monatsversammlung gab Kassierer Ad. Dirnberger ausführlichen Rechenschaftsbericht des letzten Quartals bekannt. Derselbe wurde seitens der Revisoren anerkannt und hatte gegen das Protokoll wie den Rechenschaftsbericht niemand etwas einzuwenden. Nach Kenntnisnahme der Abrechnung vom 2. Quartal, nahm unser Delegierter Kollege Brummer als Kreisvertreter das Wort, um einen Ueberblick von der 5. Generalversammlung zu geben. Er sprach seine Freude aus über des Fortwährende Steigen der Mitgliederzahl der Chemigraphen Deutschlands und führte an, dass am 1. Juli ds. J. 1352 Kollegen organisiert seien. Ferner legte er den Fall Tischendörfer dar, welcher dem Verband heidenmässig viel Geld gekostet hat und berichtete weiter über die Konfliktsfälle-München und Düsseldorf, welche in besonderen Kommissionen behandelt worden sind. Nach weiterer Bekanntgabe einzelner Angelegenheiten auf der Generalversammlung durch unseren Delegierten Kollege Lehmann kam es zu einer aufregenderen Debatte über das Verhalten des Kollegen Brummer auf der Generalversammlung indem er den Antrag betreffs Hauptvorsitzenden ohne Einverständnis und Zubilligung der weiteren 4 Delegierten zurücknahm. Nach Erledigung dieser Angelegenheiten schritten wir zu Punkt »Verschiedenes« unter dem es über 2 hiesige Firmen zur Debatte kam, bei denen der Tarif nicht voll und ganz inne gehalten wird. Kollegen, welche nach hier Stellung zu nehmen gedenken, haben sich zuvor mit dem Arbeitsnachweis in Verbindung zu setzen und verweisen alle Kollegen noch auf unsere tariflichen Abmachungen. Schluss der Versammlung 12 Uhr.

Nürnberg. Am 3. August fand hier eine zahlreich besuchte kombinierte Mitgliederversammlung im Restaurant Martin Behaim statt mit folgender Tages-

Bekanntmachungen.

Berlin!

In der Firma Prager & Loida, Hagelsbergerstrasse 53 haben sämtliche (28) Lithographen die Arbeit niedergelegt. Es ist dies der einzige Betrieb in Berlin, in dem die Lithographen noch eine 9stündige Arbeitszeit haben. Wiederholte Anstrengungen der Kollegen hatten keinen Erfolg. Sie hielten nicht fest genug zusammen und schädigten damit ihre eigene Sache. Nun sind sie einmütig vorgegangen und verharren in derselben Einheit weiter. Dreimalige längere Verhandlungen mit der Firma waren zunächst aussichtslos, schliesslich aber doch erfolglos, obwohl sich die Kollegen vorläufig mit der 8 1/2 stündigen Arbeitszeit und der 5tägigen Kündigungszeit begnügen wollten. Zuzug ist streng fernzuhalten und dafür zu sorgen, dass in Privatlithographien keine Streikarbeit angefertigt wird. Auch die Steindrucker werden dort vielleicht noch zum Ausstand kommen.

Die Verwaltung Berlin III.

